

1 **Leitantrag an die Mitgliederversammlung am 22. Oktober 2022**

2 Einreicher:innen: Bundessprecher:innenrat BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

3 Die aktuellen Entwicklungen in Deutschland, in Europa und in der Welt lassen uns nicht optimistisch
4 in die Zukunft blicken, auch was die weitere Umsetzung von Inklusion und Teilhabe aller Menschen
5 anbelangt. Im Gegenteil, wir müssen bereits Errungenes verteidigen. Dabei gäbe es viel zu tun: der
6 Ausbau eines solidarischen Gesundheitssystems, die Entwicklung einer Schule für alle und eines
7 inklusiven Arbeitsmarktes, ein barrierefreier Nah- und Fernverkehr, barrierefreier Wohnungsbau,
8 mehr politische Bürger:innenbeteiligung, um nur ein paar Dinge zu nennen.

9 Dies ist offensichtlich von den Herrschenden nicht gewollt. Vielmehr müssen wir in Deutschland eine
10 Debatte um die so genannte Triage führen. Eine Debatte darüber, wer als Erster versorgt werden
11 würde, wenn intensivmedizinische Kapazitäten nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Diese
12 Diskussion hat viele Menschen – besonders alte, kranke und behinderte – zutiefst besorgt, denn sie
13 befürchten, dass eine Einteilung in »lebenswertes« und »lebensunwertes« Leben wieder möglich
14 werden könnte. Dass viele Corona-Maßnahmen mit dem Schutz des Lebens begründet und
15 gleichzeitig die Ökonomisierung des Gesundheitssystems weiter vorangetrieben wurden, dass
16 Krankenhausbetten angesichts des Pflegenotstandes abgebaut und Krankenhäuser geschlossen
17 wurden, hat diese Sorge verschärft.

18 Und auch wenn das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2021 urteilte, dass der Gesetzgeber
19 Vorkehrungen zum Schutz behinderter Menschen für den Fall einer pandemiebedingt auftretenden
20 Triage treffen muss – das Problem ist nicht vom Tisch. Das zeigt der aktuelle Kabinettsbeschluss zum
21 Entwurf eines Triage-Gesetzes, der die bisherige Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen
22 lediglich kosmetisch übertüncht. Wird diesem Entwurf gefolgt, soll eine mögliche Triage-
23 Entscheidung von der Überlebenswahrscheinlichkeit der Patient:innen abhängig gemacht werden,
24 statt denjenigen zuerst zu behandeln, der es am nötigsten braucht. Übersehen wird, dass in der
25 Situation der Sichtung der Patient:innen keine seröse Prognose des Behandlungserfolgs gestellt
26 werden kann. Von daher besteht nach wie vor die Gefahr, dass alte, kranke und behinderte
27 Menschen negativ begutachtet werden und schließlich der Triage zum Opfer fallen.

28 Diesen Entwicklungen müssen wir als Linke unseren Entwurf einer Gesellschaft entgegenstellen, in
29 der Mitbestimmung und Mitgestaltung aller Menschen immer weiter ausgebaut werden - einer
30 wirklich demokratischen, inklusiven Gesellschaft. Inklusion schließt alle Menschen gleichberechtigt
31 ein. Doch in der Realität findet eine immer massivere neoliberale Umverteilung von
32 gesellschaftlichem Reichtum statt und immer mehr Menschen werden aus vielen Lebensbereichen
33 ausgeschlossen. Sie werden zunehmend entsolidarisiert und verstärkt nach ihrer wirtschaftlichen
34 Verwertbarkeit beurteilt. Sie werden weiter in Armut und Perspektivlosigkeit, oftmals in die
35 Vereinsamung getrieben. Statt ihnen Mitbestimmung und Teilhabe zu ermöglichen, werden
36 Menschen noch stärker von den Almosen der Gesellschaft abhängig gemacht. Das ist das genaue
37 Gegenteil von Inklusion. Inklusion ist nach unserem Verständnis der Gegenentwurf zu Rassismus,
38 Neofaschismus und Ausgrenzung. Ein tiefgreifender Prozess zum Abbau von gesellschaftlichen
39 Ungleichheiten und Barrieren, der sich auf all die Menschen bezieht, die von Teilhabe ausgeschlossen
40 werden - aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres Geschlechtes, aufgrund von
41 Armut, ihrer körperlichen Verfassung oder besonderer Lernbedürfnisse. Inklusion als kulturbildender
42 Prozess, der auf verschiedenen Ebenen stattfindet: beim Lernen, beim Arbeiten, in der Kommune, an
43 politischen Stammtischen, um nur einige Bereiche zu nennen. Inklusion zum Nutzen der
44 Gemeinschaft und des Einzelnen, bezogen auf alle marginalisierten Bevölkerungsgruppen, nicht nur
45 auf Menschen mit Behinderungen. Ein Prozess, der Verschiedenheit als positiven Wert, als
46 »Normalität« ansieht. Es braucht unseres Erachtens - vor allem angesichts der deutschen Geschichte,

47 die eine besondere Sensibilität verlangt - eine breite gesellschaftliche Debatte aller Beteiligten, um
48 Selektion, Euthanasie und faschistischen Entwicklungen konsequent entgegenzutreten.

49 Dafür werden wir uns als Partei mehr denn je stark machen. Und dafür wird sich auch unsere BAG
50 einsetzen.

51 Wir stellen uns für die nächste Wahlperiode vor allem folgende Aufgaben:

52 1 - In unserer Gesellschaft werden viele Menschengruppen auf Grund ihrer Besonderheiten
53 ausgegrenzt und diskriminiert, z. B. wegen ihrer ethischen Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion
54 oder Weltanschauung, ihrer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Identität. Dies hat
55 negative soziale und auch gesundheitliche Folgen. Eine besondere Form davon ist der Ableismus, der
56 Menschen auf eine besondere Eigenschaft oder Fähigkeit reduziert, bei Menschen mit Behinderung
57 auf ihre Behinderung. Um dem zu begegnen und das Gemeinsame stärker herauszuarbeiten, suchen
58 wir nach Wegen, uns mit anderen BAGen (z. B. Senioren, Migrant*innen, Hartz IV) zu vernetzen.

59 2 – Wir treiben die Bewusstseinsbildung innerhalb unserer Partei voran und sensibilisieren stärker für
60 die Themen Inklusion und Teilhabe aller Mitglieder. Dazu bringen wir uns unter anderem aktiv in die
61 Ausgestaltung der Kampagne „Geht mich nichts an?!“ ein.

62 3 – Wir stärken die LAGen und intensivieren die Zusammenarbeit besonders zwischen regional
63 benachbarten LAGen. Dazu führen wir unter anderem gemeinsame Veranstaltungen durch. Beim
64 Neuaufbau von LAGen unterstützt der Sprecher*innenrat aktiv.

65 4 – Wir bringen gemeinsame Anfragen und Anträge auf den Weg. So können wir unsere Kräfte und
66 Ressourcen bündeln. (z. B. zum Thema Landesbauordnungen)

67 5 – Wir schalten uns als BAG in die aktuellen Themen der Partei ein: Mit Diskussionsbeiträgen und
68 Veröffentlichungen tragen wir unsere Positionen gegen den Krieg, gegen Auslandseinsätze der
69 Bundeswehr und gegen die Umverteilung der Kriegskosten von oben nach unten in die parteiinterne
70 und in die gesellschaftliche Debatte. Dabei weisen wir insbesondere auf die Folgen der Verschärfung
71 der sozialen Lage für Menschen mit Behinderungen hin. Wir streiten für die volle gesellschaftliche
72 Teilhabe aller Menschen und wehren uns gegen jeden Versuch, diese Teilhabe zu begrenzen oder
73 abzubauen. So selbstbewusst wir in diesem Zusammenhang die Interessen von Menschen mit
74 Behinderungen vortragen werden, so sehr werden wir uns dafür stark machen, die Kämpfe gegen
75 Ausgrenzung, Ausbeutung und Krieg zusammen zu denken und sie mit allen Betroffenen gemeinsam
76 zu führen. In diesem Sinne werden wir uns solidarisch an den kommenden Auseinandersetzungen
77 beteiligen.